

# NEWSLETTER

Beamtinnen + Beamte



\*\*\*\*\*

ver.di - elektronischer Brief mit Informationen für Beamtinnen und Beamte

Nr.: 01/17

\*\*\*\*\*

Die TOP-Themen:

1. Tarifabschluss für die Länder 2017 durchgesetzt – jetzt liegt die Besoldung auf dem Verhandlungstisch!
2. ver.di: Unmissverständliche Botschaft an Landeregierungen - Besoldung nicht auswürfeln!
3. DGB-Besoldungsreport 2017 zeigt hausgemachten Flickenteppich mit großen Unterschieden bei der Besoldung der Länder
4. ver.di-Erfolg: Neue Vorruhestandsregelung für Postnachfolgeunternehmen in Aussicht
5. Potsdamer Forum 2017 "Führungsverantwortung in der digitalen Verwaltung"
6. Impressum
7. Newsletter abonnieren und kündigen

\*\*\*\*\*

1. Tarifabschluss für die Länder 2017 durchgesetzt – jetzt liegt die Besoldung auf dem Verhandlungstisch!

\*\*\*\*\*

Nach schwierigen Verhandlungen und bundesweiten Warnstreiks einigten sich die Verhandlungspartner am 17.02.17 in Potsdam auf einen neuen Tarifvertrag für die Beschäftigten der Länder. Gewerkschaften und Arbeitgeber verabredeten ein umfassendes Konvolut aus prozentualer Gehaltsanhebung und strukturellen Verbesserungen. „Wir haben unsere zentralen Ziele durchsetzen können“, bewertete der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske das Resultat.

Das Verhandlungsergebnis vom 17.02.17 lautet im Kern:

1. Januar 2017: 2,0 Prozent – (mindestens 75 Euro)
1. Januar 2018 2,35%

Auszubildende:

1. Januar 2017: 35 €
1. Januar 2018: 35 €

Eine Zusage, dass das Tarifergebnis auf die Beamtinnen und Beamten in allen Ländern übertragen wird, wollte die Arbeitgeberseite nicht geben. Dies sei Sache jedes einzelnen Landes und der Parlamente.

Deshalb forderte ver.di von den Regierungen der Länder die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung auf die Grundgehaltstabellen sowie alle dynamisierungsfähigen Besoldungsbestandteile (Familienzuschlag, Stellenzulage etc.) der Beamtinnen und Beamten in den Ländern und Kommunen, der Richterinnen und Richter, der Dienstordnungsangestellten sowie der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger.

Die Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter sind entsprechend der Ausbildungsvergütungen anzuheben.

Die nicht direkt übertragbaren strukturellen Verbesserungen sind in ihrem Volumen zu übertragen, indem zusätzliche Verbesserungen der Besoldung von 0,5 Prozent vorzusehen sind. Diese Forderung wurde von der ver.di-Spitze nach dem Tarifabschluss gegenüber den Ländervertretern und der Presse hervorgehoben.

ver.di hatte sie gemeinsam mit dem DGB in den vergangenen Wochen jeder Landesregierung zugeleitet und politisch Druck erzeugt.

Für ver.di ist die Tarif- und Besoldungsrunde erst beendet, wenn das Tarifergebnis in allen Ländern auf die Besoldung übertragen ist.

\*\*\*\*\*

## 2. ver.di: Unmissverständliche Botschaft an Landeregierungen - Besoldung nicht auswürfeln!

\*\*\*\*\*

Die roten, überdimensionierten Würfel waren überall: in Finanzministerien, Staatskanzleien und Landtagen versammelten sich Beamtinnen und Beamte der Länder und Kommunen, um den Dienstherren ihre Forderung nach zeit- und inhaltgleicher Übertragung des zukünftigen Tarifergebnis auf die Beamtenschaft mit Hilfe der symbolträchtigen Kuben zu übermitteln. Mit dem Forderung „Besoldung nicht auswürfeln“ wehrten sich die ver.di-Mitglieder gegen den Versuch einzelner Landesregierungen, nach Gutdünken, Haushaltlage oder mittelfristiger Finanzplanung die zukünftige Besoldungshöhe einseitig festzulegen. Stattdessen bestand ver.di auf ernsthaften Verhandlungen zur zukünftigen Besoldung, die eine Abkopplung der Beamtinnen und Beamten von der Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst verhindert und eine gerechte Vergütung sicherstellt.

Die Würfel-Aktion boten für Beamtinnen und Beamte willkommenen Anlass zum Protest, stießen bei den teils verblüfften VertreterInnen der Politik auf reges Interesse und dienten nicht zuletzt als Aufhänger für sachdienliche Berichterstattung wichtiger Medien auf Landesebene.

### **Aktion aus Anlass der Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin**

Eine Wand aus Würfeln sprang den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten der Länder ins Auge, als sie am 16.03.17 den Eingang zum Gebäude des Bundesrates passierten. 16 Mal leuchtete weiß auf rot die Botschaft „Besoldung nicht auswürfeln!“ mit Namen und Wappen jedes Landes. Davor hatten sich Beamtinnen und Beamte aus allen Ländern und aus verschiedensten Berufsgruppen postiert: Feuerwehr und Justizvollzug waren an ihren Uniformen erkennbar, mittendrin standen Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Verwaltungsbereichen und mit den Fahnen der Länder.

Der weite Weg vom Saarland nach Berlin hat Hans-Joachim Kullmann nicht abgeschreckt: „Die Politik braucht klare Signale, dass sich die Beamtinnen und Beamten nicht von der Lohnentwicklung abkoppeln lassen“. Auch für Petra Stelzer, Justizbeamtin aus Baden-Württemberg hat sich die Aktion gelohnt: „Föderalismus hin oder her: Wir stehen solidarisch für gute Besoldung in allen Ländern. Das haben wir heute gemeinsam gezeigt“. Die Feststellung, dass Beamtinnen und Beamte einen Knochenjob machen, ist Mario Kraatz wichtig, der bei der Feuerwehr in Hannover arbeitet: „Schicht- und Bereitschaftsdienste rund um die Uhr sind eine hohe Belastung. Wir haben uns die Besoldungsanpassung verdient!“ Das bestätigt Mathias Schrade, Beamter bei der Stadtverwaltung Hannover und Mitglied der ver.di-Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst: „ver.di verhandelt gemeinsam für Tarifbeschäftigte und Beamtinnen und Beamte. Die Besoldung muss der Tarifentwicklung folgen. Die Arbeit der Beamtinnen und Beamten ist genauso wichtig und herausfordernd, wie die der Tarifbeschäftigten.“ Martina Kirstan, Sozialarbeiterin aus Berlin, weist darauf hin, dass die Besoldung in der Bundeshauptstadt niedriger ist, als in allen anderen Ländern: „Bei uns besteht klarer Nachholbedarf!“

Ministerpräsident Erwin Sellering (Mecklenburg-Vorpommern), Vorsitzender der Konferenz nahm eine Resolution der Beamtinnen und Beamten entgegen und versicherte, er werde die Botschaft an alle

Regierungschefinnen und -chefs weitergeben. Für sein Land stehe er dazu, die Tarifierung übertragen zu wollen – was dies im Einzelnen heiÙe, müsse man in den Ländern erörtern.

Für die Beamtinnen und Beamten in ver.di heiÙt das: Die Besoldungsanpassungen müssen verhandelt und vereinbart werden. Das ist die zentrale Botschaft von „Besoldung nicht auswürfeln!“. ver.di fordert für seine verbeamteten Mitglieder:

- eine Anhebung der Besoldung um 2 Prozent, mindestens aber 75 Euro rückwirkend zum 1. Januar 2017,
- eine weitere Anhebung der Besoldung um 2,35 Prozent zum 1. Januar 2018 sowie
- eine Übertragung auch struktureller Verbesserungen im Volumen bspw. durch Zuführung an die Versorgungsrücklage unter Verzicht auf die Kürzung der Besoldungsanpassung oder als Regelung zur Sonderzahlung.

\*\*\*\*\*

### 3. DGB-Besoldungsreport 2017 zeigt hausgemachten Flickenteppich mit großen Unterschieden bei der Besoldung der Länder

\*\*\*\*\*

Anders als für Arbeitnehmer können Gewerkschaften für Beamte keine Tarifverträge abschließen. Wer im Staatsdienst beschäftigt ist muss sich darauf verlassen können, dass sein Dienstherr die Abschlüsse, die im öffentlichen Dienst erzielt wurden, überträgt. Doch nicht alle Länder tun das uneingeschränkt, nicht alle ohne Zeitverzögerung. Die Folge: Selbst innerhalb derselben Besoldungsgruppe gibt es zwischen den Bundesländern große Einkommensunterschiede. Am besten zahlt der Bund, Schlusslicht ist Berlin. Das zeigt der aktuelle DGB-Besoldungsreport.

Er verdeutlicht, dass Deutschland aus einem „Besoldungsflickenteppich“ besteht. Die finanziellen Unterschiede zwischen den 17 Dienstherrn sind weiterhin gravierend. Wie schon in den Vorjahren trägt das Bundesland Berlin bei allen Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A die rote Laterne, während der Bund 2017 die Position des Spitzenreiters zurückerobert hat. Die Einkommen innerhalb einzelner Besoldungsgruppen liegen bis zu rund 13 Prozent auseinander.

[Zum DGB-Besoldungsreport 2017...](#)

\*\*\*\*\*

### 4. ver.di-Erfolg: Neue Vorruhestandsregelung für Postnachfolgeunternehmen in Aussicht

\*\*\*\*\*

Die Bundesregierung plant eine neue Vorruhestandsregelung für Beamtinnen und Beamte aller Laufbahnen bei Post, Postbank und Telekom. Die alte Regelung ist zum Jahresende 2016 ausgelaufen; die neuen Bestimmungen befinden sich gegenwärtig im Gesetzgebungsverfahren. ver.di hatte sich mit Nachdruck dafür eingesetzt, dass den verbeamteten Beschäftigten der Unternehmen auch künftig eine Perspektive für eine vorzeitige Zuruhesetzung geschaffen werden müsse, wenn keine anderweitige Verwendungsmöglichkeit mehr bestehe (bspw. infolge von Rationalisierungsmaßnahmen). Dass die Bundesregierung jetzt einlenkt, ist ein klarer Erfolg von ver.di.

Die geplante Vorruhestandsregelung unterscheidet sich allerdings deutlich von der ausgelaufenen: Neu ist die Anforderung eines aktiven sozialen Engagements. Dieses können die Beamtinnen und Beamten erbringen, indem sie innerhalb von drei Jahren nach ihrer Zuruhesetzung:

- einen 12monatigen Bundesfreiwilligendienst ableisten,
- ein ehrenamtliches Engagement von 1.000 Stunden nachweisen oder
- die Voraussetzungen einer Pflege- oder Betreuungszeit für Angehörige oder Kinder unter 18 Jahren erfüllen.

Einen Rechtsanspruch soll es auch künftig nicht geben und es bleibt dabei, dass die Betroffenen das 55. Lebensjahr vollendet haben müssen, eine anderweitige Verwendungsmöglichkeit fehlt und keine betrieblichen oder betriebswirtschaftlichen Belange entgegenstehen. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, soll es einen Ausgleichsbetrag für den Versorgungsabschlag zusätzlich zum verdienten Ruhegehalt geben. Die neue Regelung wird bis Ende 2020 befristet.

Hintergrund sind sozialpolitische Bedenken der Bundesregierung gegenüber einer schlichten Verlängerung des bisherigen Vorruhestands. Angesichts laufender Diskussionen um die Zukunft der Rente und mögliche weitere Anhebungen des Renteneintrittsalters befürchtet sie eine kritische Debatte in der Öffentlichkeit.

Im Beteiligungsgespräch mit dem zuständigen Abteilungsleiter im Bundesfinanzministerium haben ver.di und DGB begrüßt, dass es eine neue Vorruhestandsregelung geben solle und damit eine neue Perspektive eröffnet werde Personalum- und -abbaumaßnahmen sozialverträglich gestalten zu können. ver.di und DGB betonten, die Verknüpfung mit einem sozialen Engagement müsse aber so ausgestaltet werden, dass sie nicht zu Lasten der Beschäftigten gehe und die Betroffenen nicht vor unüberwindbare bürokratische Hürden stelle. ver.di sieht die Politik darüber hinaus in der Verantwortung, deutlich zu machen, dass es sich nicht um ein Privileg auf Kosten der Steuerzahler handele, sondern um einen von den Unternehmen bezahlten Vorruhestand, der als ein sozialpolitisches Instrument in der Privatwirtschaft Gang und Gäbe sei.

Wenn die Einzelheiten des neuen Vorruhestands geklärt sind, wird ver.di für die interessierten Kolleginnen und Kollegen entsprechende Informationen bereit stellen.

\*\*\*\*\*

## 5. Potsdamer Forum 2017 "Führungsverantwortung in der digitalen Verwaltung"

\*\*\*\*\*

Das kommende Potsdamer Forum greift die Digitalisierungsdebatte unter dem Schwerpunkt "Führungsverantwortung" auf und bezieht es damit unmittelbar auf den Charakter des Potsdamer Forums als Forum für Führungskräfte im öffentlichen Dienst.

Die Digitalisierung der Verwaltung verändert das Verhältnis von Staat und Bürger/-innen ebenso, wie die Arbeit der Beschäftigten, die Kommunikations- und Entscheidungswege und damit die Verantwortung der Führungskräfte in den Behörden. Digitale Prozesse werden anders koordiniert und gesteuert, als klassische hierarchisch organisierte Verwaltung. Mobiles Arbeiten entgrenzt das räumliche und zeitliche Arbeitsverhalten.

Wie Führungskräfte ihre Verantwortung für gute öffentliche Dienstleistungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und gute Arbeit in der digitalen Verwaltung gegenüber den Beschäftigten wahrnehmen können, wird Schwerpunkt des Potsdamer Forums 2017 sein.

- 6. bis 7. Juni 2017
- Kongresshotel Potsdam am Templiner See, Am Luftschiffhafen 1, 14471 Potsdam

Weitere Informationen zum Programm des Potsdamer Forums folgen in Kürze auf [www.potsdamer-forum.verdi.de](http://www.potsdamer-forum.verdi.de).

\*\*\*\*\*

## 6. Impressum

\*\*\*\*\*

Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft - ver.di, Bundesverwaltung, Ressort 12, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Wolfgang Pieper, Mitglied des Bundesvorstandes.

Verantwortlich: Wolfgang Pieper, Mitglied des Bundesvorstands, ver.di-Bundesverwaltung, Bereich Beamtinnen und Beamte, <mailto:beamtinnen-und-beamte@verdi.de>

Redaktion: Nils Kammradt, Mathias Flickschu, Danny Pruseit

Hinweis: Auskünfte zu beamtenrechtlichen Fragen, Rechtsschutz für Mitglieder erteilt ausschließlich die/der zuständige ver.di-Geschäftsstelle/ver.di-Bezirk.

\*\*\*\*\*

#### 7. Newsletter abonnieren und kündigen

\*\*\*\*\*

Online ist es jederzeit möglich, den Newsletter zu bestellen oder ihn zu kündigen. Einfach <http://www.beamte.verdi.de/newsletter> anklicken oder E-Mail an: [beamtinnen-und-beamte@verdi.de](mailto:beamtinnen-und-beamte@verdi.de) senden.